



öffentlich

**Betreff:**

Bürgerkommune Potsdam: Politisches Mediationsverfahren im Konflikt zwischen der Landeshauptstadt Potsdam als Aufgabenträger des ÖPNV und den Einwohnern zur im Dezember 2017 erfolgten Verschlechterung des ÖPNV Angebotes im Potsdamer Norden

Erstellungsdatum	30.04.2019
Eingang 922:	29.04.2019

**Einreicher:** Andreas Menzel

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
21.05.2019	Ortsbeirat Groß Glienicke		X

**Beschlussvorschlag:** Der Ortsbeirat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, im Konflikt zwischen der Landeshauptstadt Potsdam als Aufgabenträger des ÖPNV und den Einwohnern zum ÖPNV Angebot im Potsdamer Norden ein politisches Mediationsverfahren durchzuführen, um eine einvernehmliche Konsenslösung zu finden.

Im Mediationsverfahren sollen neben den beteiligten Konfliktparteien

- dem Oberbürgermeister und dem Ältestenrat der Stadtverordnetenversammlung als Aufgabenträger des ÖPNV in der Landeshauptstadt Potsdam
- der BI, den Sprechern des Einwohnerantrages und Unterstützer

auch Vertreter der Bahnkundenverbände, des VIP, des Seniorenbeirates, der Behindertenbeiräte, des Schülerbeirates, des Mitwirkungsbeirates und der Studentenvertretungen der UNI und FH als Beteiligte eingeladen werden.

Im Mediationsverfahren soll versucht werden, den Konflikt zwischen den Bedürfnissen der Bevölkerung und dem Aufgabenträger des ÖPNV möglichst bis zur Fahrplanumstellung im Sommer 2019, spätestens Winter 2019 einvernehmlich zu lösen.

Der Ortsbeirat stellt fest, dass die Veränderung seiner Anträge 17/SVV/0979 „Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof“ und 18/SVV/0888 „Entschieden für mehr ÖPNV und weniger Stau! ÖPNV in den Norden endlich verbessern“ durch die Stadtverordnetenversammlung Maßnahmen im Akzeptanzmanagement darstellen und den Bedürfnissen der Potsdamer im Norden nicht entsprechen.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, möglichst bis zum 1.Juli 2019 zu dem Anliegen Stellung zu nehmen.

gez.  
Andreas Menzel

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Finanzielle Auswirkungen?** Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Seit nunmehr fast 2 Jahren besteht nach der Kappung der Busse 638 und 604 der Konflikt im ÖPNV zwischen den Bedürfnissen der Nutzer in Spandau, Groß Glienicke, Neu Fahrland, Krampnitz und unter dem Pflingstberg und dem Aufgabenträger für den ÖPNV in der Landeshauptstadt Potsdam.

Am 6.3.2019 wurde ein von ca. 5600 Personen unterschriebener Einwohnerantrag abgegeben, die Busse wieder durchfahren zu lassen. Die Prüfung der Unterschriften ergab, dass das erforderliche Quorum demnach nicht erfüllt sein soll. Auf einen Antrag zur Akteneinsicht oder Prüfung dieser Darstellung hat der Oberbürgermeister nicht reagiert.

Der Ortsbeirat findet zur Lösung dieses Konfliktes die Idee, zu versuchen diesen Konflikt in einem politischen Mediationsverfahren einer Lösung zuzuführen <https://www.buergergesellschaft.de/praxishilfen/politische-mediation/mediation-und-politische-konflikte/> vielversprechend.

Im Nachgang des am 06.03.2019 eingereichten Einwohnerantrages „Potsdams direkte Busanbindung in den Norden und nach Berlin erhalten“ versuchen die Konfliktparteien, die Vertreter des Einwohnerantrages und die Landeshauptstadt Potsdam als Aufgabenträger des ÖPNV, im Rahmen eines politischen Mediationsverfahren eine einvernehmliche Konsenslösung zu finden. Es soll damit versucht werden eine Lösung zu finden, die eine für beide Seiten zufriedenstellende inhaltliche Konfliktlösung beinhaltet. Die bisherigen Veränderungen der Anträge des Ortsbeirates stellen in den Augen der Antragsteller und der Nutzer des ÖPNV im Potsdamer Norden Maßnahmen des Akzeptanzmanagements in Folge der durchgeführten ÖPNV Verschlechterung dar.

Der seit Kappung der Buslinien 638 und 604 bestehende und bisher ungelöste Konflikt zwischen den Bedürfnissen der Nutzer und dem Aufgabenträger des ÖPNV führt zur weiteren Steigerung der vorhandenen Parteien- und Politikerverdrossenheit.

Politische Mediationsverfahren zwischen Konfliktgruppen können dagegen zur Konfliktlösung und Zufriedenheit der Konfliktparteien führen und nachhaltig zukunftsfähige Lösungen erbringen.